

KOALITIONSVEREINBARUNG

***zwischen der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Landesverband Berlin***

und der

***Christlich Demokratischen Union
Landesverband Berlin***

**Vorlage für die Beratung des Landesparteitages der SPD
am 21. November 2011**

Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt

Gliederung

I. Präambel

II. Politikfelder

- 1. Kraftvolles Berlin: Starke Wirtschaft. Gute Arbeit.**
- 2. Pulsierendes Berlin: Moderne Stadtentwicklung und starke Infrastruktur**
- 3. Leistungsfähiges Berlin: Solide Finanzen. Bürgernahe Verwaltung.**
- 4. Wissbegieriges Berlin: Stadt für Bildung**
- 5. Soziales Berlin: Zusammenhalt, Integration und Vielfalt**
- 6. Sicheres Berlin: Bürgernahe Polizei. Intakter Rechtsstaat.**
- 7. Familienfreundliches Berlin: Allen Generationen ein Zuhause**
- 8. Nachhaltiges Berlin: Gesunde, lebenswerte und ökologische Stadt**
- 9. Kreatives Berlin: Kultur, Medien und digitale Gesellschaft**
- 10. Hauptstadt Berlin: Mitte von Europa**

III. Grundsätze der Zusammenarbeit

Kapitel 4

Wissbegieriges Berlin: Stadt für Bildung

Wir wollen die beste Bildung für alle. Berlin braucht alle Talente und wird kein Kind zurücklassen. Der Zugang zu Bildung wird unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter und Einkommen gewährleistet. Die Vielfalt der Stadt zeigt sich auch in der Vielfalt der Schullandschaft und bildet zusammen mit der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes die Grundlage unserer Bildungspolitik.

Im Interesse eines Schulfriedens verändern wir die bestehende Schulstruktur nicht erneut. Berlin verfügt über ein leistungsfähiges zweigliedriges Schulsystem aus Integrierter Sekundarschule und Gymnasium. Reformen brauchen Zeit und Verlässlichkeit. Wir werden daher in der neuen Legislaturperiode am Schulsystem keine weiteren strukturellen Veränderungen vornehmen. Wir wollen die Vielfalt des Berliner Schulsystems erhalten und die Bedürfnisse von Schülern, Eltern und Lehrern, aber auch Verlässlichkeit und Berechenbarkeit zum Maßstab unserer Politik machen.

Die Koalition wird trotz zurückgehender Schülerzahlen die sogenannte demografische Rendite im Schulsystem belassen und damit die Rahmenbedingungen für die Schulen weiter verbessern.

Berlins Wissenschaftslandschaft ist leistungsfähig und hoch attraktiv. Mit vier Universitäten, vier Fachhochschulen, drei Kunsthochschulen, zwei konfessionellen Fachhochschulen, 26 privaten Hochschulen und mehr als 60 international anerkannten Forschungsinstitutionen verfügt die Stadt über eine ausdifferenzierte Wissenslandschaft, die hervorragende Studienbedingungen und exzellente Forschung verbindet.

Wir stehen für die Weiterentwicklung der Hochschulen und Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wir setzen uns für die Beibehaltung der Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Hochschulen sowie die Weiterentwicklung der Exzellenz ein, um dem Bildungsanspruch junger Menschen gerecht zu werden.

Investitionen in Bildung und Wissenschaft sind eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund und Ländern, mit der die Länder nicht alleingelassen werden dürfen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz durch eine neue Kooperationskultur abgelöst wird.

- Die Koalition verstärkt die Anstrengungen, um Unterrichtsausfall zu verhindern und Lehrermangel zu stoppen.
- Wir bekennen uns zur zweigliedrigen Schulstruktur in Berlin. Die Integrierten Sekundarschulen werden weiterentwickelt, die Gymnasien gestärkt.
- Die Bildung in Berlin bleibt von der Kita bis einschließlich zur Hochschule gebührenfrei.
- Wir begrüßen eine stärkere Einbindung des Bundes in die Charité und stehen einer möglichen Integration des Max-Delbrück-Centrums positiv gegenüber.

Schulische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung weiterentwickeln

Erfolgreiche Schulen haben ein Höchstmaß an schulischer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in pädagogischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Angelegenheiten der Schule. Dieser mit dem Schulgesetz von 2004 eingeleitete Paradigmenwechsel weg von der „verwalteten“ Schule wird weiter verfolgt und intensiviert, wie zum Beispiel die eigenverantwortliche Mittelverwendung und Personalentscheidungen. Das bedingt hochkompetente Schulleitungen mit ent-

1 sprechender Ausbildung und eine effektive beratende, kontrollierende und ggf. intervenierende
2 Schulaufsicht.

3
4 Frei werdende Lehrerstellen werden im Rahmen der 100-prozentigen Ausstattung weiterhin in vol-
5 lem Umfang umgehend nachbesetzt. Die Budget- und die Personalzuständigkeiten werden neu ge-
6 regelt und im vertretbaren Rahmen sukzessive in die Verantwortung der Schulen überführt. Das
7 bestehende System der Personalkostenbudgetierung für Vertretungskräfte wird in bisheriger Höhe
8 fortgeführt und ist für diesen Zweck einzusetzen. Dies gilt insbesondere für Vertretungsmittel.

9
10 Schulleiter/innen, stellvertretende Schulleiter/innen und weitere mit Management- und Verwal-
11 tungsfunktionen betraute Lehrkräfte an Grundschulen stehen vor vergleichbaren Herausforderun-
12 gen wie die an den Oberschulen. Die Grundschulen sollen analog zu den weiterführenden Schulen
13 auch Funktionen auf Zeit bzw. Funktionsstellen vergeben können. Dies soll sukzessive durch Um-
14 schichtungen geschehen.

15
16 Die Verwaltungsstrukturen von Schulen müssen überprüft werden. Dazu gehört insbesondere die
17 Entlastung der Schulleitungen von administrativen Aufgaben z. B. durch die Stärkung von Schulsek-
18 retariaten und die Einsetzung von Verwaltungsleitern. Die Beschreibung des Aufgabenkreises der
19 Schulsekretärinnen und –sekretäre wird den aktuellen Arbeitsinhalten angepasst. Dies soll sukzessi-
20 ve durch Umschichtung erfolgen. Das gesamte schulische Personal mit Ausnahme der Schulhaus-
21 meisterinnen und Schulhausmeister wird Personal der Senatsverwaltung für Bildung, um auf der
22 einen Seite die überkommene Trennung von pädagogischem Personal und anderem Schulpersonal
23 im Steuerungsinteresse zu überwinden und um auf der anderen Seite die schulische Eigenständig-
24 keit auf die zunehmend bedeutsamer werdenden Schulsekretariate auszudehnen. Das Allgemeine
25 Zuständigkeitsgesetz wird entsprechend geändert.

26
27 Wir wollen die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern entbürokratisieren und beschleunigen und
28 dazu unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Verbände das Personalvertretungsgesetz und das
29 Landesgleichstellungsgesetz entsprechend anpassen.

30
31 **Unterrichtsausfall verhindern - Lehrermangel stoppen**
32 Die im Folgenden vorgesehenen Maßnahmen verbessern die Ausstattung der Schulen gegenüber
33 dem derzeitigen Stand. Diese Verbesserung wird allen Schulformen zugute kommen.

34
35 Die Koalition wird den weiteren Aufbau von Lebensarbeitszeitkonten beenden. Zur Auflösung der
36 bestehenden Lebensarbeitszeitkonten erfolgt ein Angebot, das Unterrichtsausfall vermeidet.

37
38 Es müssen alle Möglichkeiten ergriffen werden, auch Lehrkräften, die den Herausforderungen des
39 regulären Unterrichtens nicht mehr gewachsen sind, eine andere Tätigkeit im pädagogischen oder
40 schulorganisatorischen Bereich anzubieten.

41
42 Eine Verbeamtung von Lehrkräften findet weiterhin nicht statt.

43
44 Die Förderung eines Netzwerks für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund zur Gewinnung von Schü-
45 lerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund für die Lehrerausbildung und zur Unterstützung
46 bei Berufswahl und Studium wird fortgesetzt und bedarfsgerecht ausgebaut.

47
48 Die Fortbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen wird schrittweise auf ein nachfrageorientiertes
49 Verfahren umgestellt und eine Mindestfortbildungsverpflichtung eingeführt. Alle Schulen erhalten
50 ein Budget für ihre schulinterne Fortbildung.

1
2 Die wichtigste Voraussetzung für guten Unterricht sind gut und in ausreichender Anzahl ausgebilde-
3 te Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen durch eine hervorragende Ausbildung auf ihren Beruf vorbe-
4 reitet werden. Ihnen muss ein breites und qualifiziertes Fortbildungsangebot zur Verfügung stehen.
5 Der Umgang mit Heterogenität, die Herausforderungen eines inklusiven Unterrichts und der neuen
6 Schulstruktur sind dabei zu berücksichtigen.

7 8 **Einschulung mit ausreichenden Deutschkenntnissen**

9 Eine erfolgreiche Sprachbildung in allen Schularten, Schulstufen und Fächern ist von besonderer
10 Bedeutung, um Bildungserfolg von der sozialen Herkunft eines Kindes zu entkoppeln. In den ver-
11 gangenen Jahren sind erhebliche konzeptionelle und finanzielle Anstrengungen unternommen wor-
12 den, um die Sprachförderung zu verbessern.

13
14 Kinder, die bei Schuleintritt über ein lückenhaftes Sprachverständnis verfügen, können ggf. auch in
15 speziellen Gruppen in ihren Sprachkenntnissen gefördert werden. An allen Schulformen können wie
16 bisher Seiteneinsteigerklassen für Kinder ohne Deutschkenntnisse gebildet werden.

17
18 Sprachstandsfeststellungen und Sprachfördermaßnahmen sind auf Grundlage der aktuellen wissen-
19 schaftlichen Erkenntnisse auf ihre Effizienz und Wirksamkeit hin zu prüfen und ggf. weiterzuentwi-
20 ckeln.

21
22 Schulen, die sich einvernehmlich mit Eltern und Schülerinnen und Schülern darauf verständigen,
23 auch in Pausen Deutsch zu sprechen, erhalten unsere Unterstützung.

24 25 **Grundschulen stärken**

26 Wir werden weiterhin besondere Anstrengungen unternehmen, um Kinder und Jugendliche aus
27 sozial benachteiligten Elternhäusern gezielt zu unterstützen, beispielsweise durch eine bessere Aus-
28 stattung der Schulen in sozial benachteiligten Quartieren, die vor größeren Integrationsanstrengun-
29 gen stehen als andere Schulen.

30
31 Der Ausbau von Ganztagschulen wird in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt. Dabei wol-
32 len wir die Anzahl von gebundenen Ganztagschulen auf freiwilliger Grundlage um zwei weitere pro
33 Bezirk erhöhen.

34
35 Wir wollen durch den Wegfall der besonderen Bedarfsprüfung den Lückenschluss beim freiwilligen
36 Besuch der außerschulischen Förderung in den Klassenstufen 5 und 6 erreichen.

37
38 Die Schulkonferenz entscheidet zukünftig darüber, ob in der Anfangsphase jahrgangsübergreifend
39 oder jahrgangsbezogen unterrichtet wird.

40 41 **Übergangsverfahren in die Oberschule**

42 Das neue Verfahren zur Schulaufnahme soll nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens 2012/13 in-
43 sbesondere hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung wie auch der Absicherung einer heteroge-
44 nen Schülerschaft weiterentwickelt werden. Wir werden prüfen, ob es einer Veränderung der Aus-
45 wahlkriterien bedarf, um Heterogenität auch an übernachgefragten Schulen zu fördern, und die
46 Schulen ermutigen, mehr Verantwortung für die Auswahl ihrer Schülerschaft zu übernehmen. Wir
47 wollen eine stärkere Profilbildung der weiterführenden Schulen. Die Koalition will eine rechtssiche-
48 re Geschwisterkinderregelung einführen. Die Härtefallregeln bleiben erhalten.

49
50

1 **Integrierte Sekundarschule weiterentwickeln**

2 Die Integrierte Sekundarschule (ISS) führt mit unterschiedlichen Bildungsangeboten, praktisch
3 orientiert oder mit dem Ziel des mittleren Schulabschlusses, in die berufliche Bildung und eröffnet
4 den Zugang zur allgemeinen Hochschulreife.

5
6 Integrierte Sekundarschulen arbeiten im offenen, gebundenen oder teilgebundenen Ganztagsbe-
7 trieb. Insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren soll die Anzahl der im gebundenen Ganz-
8 tagsbetrieb arbeitenden Integrierten Sekundarschulen auf freiwilliger Grundlage um zwei weitere
9 pro Bezirk erhöht werden.

10
11 Der Unterricht in der Integrierten Sekundarschule erfolgt in der Regel weiterhin in Entscheidung der
12 Schulen entweder durch äußere Leistungsdifferenzierung oder Binnendifferenzierung.

13 14 **Gymnasien stärken**

15 Die Gymnasien stellen in ihrer derzeitigen Vielfalt eine wichtige Säule der Berliner Schulstruktur dar
16 und werden in ihrer Leistungsfähigkeit unterstützt und weiterentwickelt. Bei den Gymnasien wurde
17 ebenfalls bereits der Einstieg in den Ganztagsbetrieb mit einem Ganztagsgymnasium pro Be-
18 zirk geschaffen, wobei die Zusatzausstattung für den Ganztagsbetrieb schulartübergreifend identisch
19 ist. Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir die Zahl der gymnasialen Ganztagschulen stei-
20 gern. Auch die Berliner Gymnasien sollen bei zielgleicher Unterrichtung an der Inklusion beteiligt
21 werden.

22
23 Das Gymnasium führt nach 12 Jahren zum Abitur und wird in diesem Rahmen die bereits vorhande-
24 nen Schulprofile weiterentwickeln.

25
26 Die Anzahl der genehmigten grundständigen Züge hat Bestand. Ziel ist es, den jetzigen Schulversuch
27 „Schnellerner“ in Schulen besonderer Prägung zu überführen.

28 29 **Gemeinschaftsschule**

30 Die Pilotphase Gemeinschaftsschule wird fortgeführt und wissenschaftlich evaluiert. Schulen kön-
31 nen auch künftig auf Grundlage eines genehmigten pädagogischen Konzepts zu Gemeinschaftsschu-
32 len weiterentwickelt werden, wenn die Schulkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulträger dies
33 beschließt. Die bestehenden Ausstattungsstandards behalten wir in vollem Umfang bei.

34 35 **Freie Schulen**

36 Schulen in freier Trägerschaft ergänzen und bereichern das öffentliche Schulangebot. Die Koalition
37 wird die Finanzierung der Ersatzschulen nach einem transparenten Finanzierungsmodell zu Schüler-
38 kostensätzen weiterentwickeln. Dieses ist von der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung in Zu-
39 sammenarbeit mit Vertretern der Freien Schulen zu erarbeiten. Der Koalition liegt an einer sozialen
40 Mischung auch an diesen Schulen.

41 42 **Schulen in sozial benachteiligten Quartieren**

43 Durch besondere Anreize sollen die besten Lehrkräfte für die Arbeit an Brennpunkten gewonnen
44 werden (z. B. weniger Stunden, begleitende Fortbildungen, Coaching, Supervision). Dabei soll zur
45 Entlastung des Lehrpersonals auch auf zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über externe
46 Projekte wie „Teach First“ zurückgegriffen werden können. In der Lehreraus- und -weiterbildung
47 werden wir einen Schwerpunkt „Unterrichten an Schulen in sozial benachteiligten Quartieren“ set-
48 zen.

49

1 **Inklusion im Sinne der UN-Konvention und Sonderpädagogik**

2 In Berlin wird bereits jetzt fast jedes zweite Schulkind mit einem sonderpädagogischen Förderbe-
 3 darf gemeinsam mit Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen unter-
 4 richtet, während im Durchschnitt der Bundesländer nur jedes fünfte Kind eine Regelschule besucht.
 5 Auf dieser guten Grundlage werden wir entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention den
 6 Anspruch auf einen inklusiven Unterricht schrittweise umsetzen. Das bestehende Konzept der Bil-
 7 dungsverwaltung soll gemeinsam mit den Betroffenen und Akteuren der Sonderpädagogik weite-
 8 rentwickelt werden. Ziel ist es, den Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die
 9 am gemeinsamen Unterricht an allgemeinen Schulen teilnehmen, zu erhöhen. Die Möglichkeit für
 10 Eltern, ihr Kind an einer Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt anzumelden, soll
 11 erhalten bleiben.

12
 13 Die erforderlichen Ressourcen sowohl personeller als auch sächlicher Art, insbesondere zum barriere-
 14 freien Zugang, werden bereitgestellt. Die Koalition wird Schulstandorte baulich so qualifizieren,
 15 dass sie als inklusive Schwerpunktschulen im Bereich der Grundschulen und weiterführenden Schu-
 16 len in den Bezirken bessere Voraussetzungen der inklusiven Beschulung von Schülerinnen mit
 17 schweren Behinderungen bieten. Das Thema inklusiver Unterricht wird Teil der Lehramtsausbildung
 18 in allen Ausbildungsphasen. Dem pädagogischen Personal werden darüber hinaus bedarfsgerechte
 19 und nachfrageorientierte Fort- und Weiterbildungsangebote gemacht. Die inklusive Beschulung
 20 wird auf das System der beruflichen Schulen und Gymnasien ausgedehnt.

21
 22 Künftig erfolgt eine Deckelung des Gesamtsystems der sonderpädagogischen Förderung, und keine
 23 Deckelung von Teilsystemen: unabhängig vom Beschulungsort ist die Summe der Personalausstat-
 24 tung des Schuljahres 2011/12 an sonderpädagogischen Förderzentren und in der integrativen Be-
 25 schulung Grundlage für die Lehrerstellenzuweisung für die landesweite sonderpädagogische Förde-
 26 rung. Stellen, die wegen einer Nachfrageverlagerung z.B. im Bereich Förderzentren abgebaut wer-
 27 den, kommen somit künftig vollständig der integrativen Beschulung zugute.

28 Das bisherige Diagnose- und Feststellungsverfahren ist künftig so zu umzusteuern, dass eine über-
 29 bezirkliche und einheitliche Steuerung der Verfahren gewährleistet werden kann. Insbesondere soll
 30 die sog. Abklärungsstelle künftig nicht mehr mit der Durchführungsstelle der empfohlenen Maß-
 31 nahmen identisch sein.

32
 33 **Rahmenlehrpläne entschlacken und modernisieren**
 34 Wir wollen Rahmenlehrpläne überarbeiten mit dem Ziel, weniger, aber verbindliche Lerninhalte
 35 festzuschreiben.

36
 37 **Schul- und Sportstättenanierungsprogramm ausbauen und fortsetzen**
 38 Erfolgreiches Lehren und Lernen braucht Schulgebäude, die einladend sind und das Lernen unter-
 39 stützen. Wir wollen daher insbesondere das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm in der
 40 jetzigen Höhe fortführen.

41
 42 **Vernetzung mit Informationstechnik**
 43 Die Vernetzung der Schulen und deren Ausstattung mit digitalen Medien werden im Rahmen des
 44 bestehenden „Masterplans E-Education und E-Government“ vorangetrieben.

45
 46 Für die Nutzung digitaler Medien in allen Unterrichtsfächern wird ein Programm zur Lehrerfortbil-
 47 dung unterstützt.

48
 49 Um die Planungssicherheit zu erhöhen und transparente Schülerzahlen zu erhalten, wird die Schü-
 50 lerdatei umgesetzt.

1 **Öffentliche Fort- und Weiterbildung stärken, Volkshochschulen und Musikschulen**

2 Kulturelle Bildung von Anfang an, z. B. in Form von musischer, künstlerischer oder sportlicher För-
3 derung, trägt zu einer positiven Persönlichkeitsbildung und einer stärkeren Integration von Kindern
4 aus sozial benachteiligten Elternhäusern bei, indem die Kinder neben Kenntnissen und Fähigkeiten
5 auch soziale Kompetenzen erwerben und entwickeln. Daher fördern wir in Kooperation mit außer-
6 schulischen Partnern Projekte der kulturellen Bildung und beziehen hierbei gezielt private Initiati-
7 ven mit ein.

8

9 Die bezirklichen Volkshochschulen und Musikschulen müssen in ihrem Bestand gesichert werden.

10

11 Berlin hat eine abwechslungsreiche und große Trägerlandschaft der außerschulischen Bildung:
12 Volkshochschulen, Bibliotheken, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen.
13 Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politi-
14 sche Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielfältige Geschichte Be-
15 rlins und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische
16 Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern. Projekte,
17 die sich dieser Aufgabe widmen (z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“), werden wei-
18 ter von uns unterstützt.

19

20 **Berufliche Bildung**

21 Die Koalition strebt die Erarbeitung eines Konzeptes zur zukunftsorientierten, strukturellen Gestal-
22 tung der dualen Berufsausbildung unter Einführung eines Bausteinsystems (einschließlich Berufs-
23 schule) an.

24 Die Oberstufenzentren (OSZ) bieten bereits heute vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten bis hin
25 zur allgemeinen Hochschulreife. Wir werden die OSZ ausgehend von ihrem bisherigen Profil noch
26 stärker zu Kompetenzzentren der Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln und ihre Selbstständig-
27 keit ausbauen.

28

29 Für Schülerinnen und Schüler, die ihre schulische Laufbahn nicht in der Sekundarstufe II fortsetzen,
30 hat die duale Berufsausbildung Priorität. Jugendliche, die keinen unmittelbaren Anschluss nach dem
31 Ende der Schulzeit erreichen, erhalten ein Angebot betriebsintegrierter Qualifizierung mit einer
32 klaren Anschlussperspektive (Ausbildung oder Arbeit).

33

34 Die Bildungsgänge und Maßnahmen des sog. Übergangssystems, die vom Grundsatz her nicht auf
35 eine abgeschlossene Berufsausbildung zielen, sondern im günstigsten Fall erst auf die Aufnahme
36 einer Berufsausbildung vorbereiten, werden in Abstimmung mit den Sozialpartnern weiter entwi-
37 ckelt, um unnötige Warteschleifen zu vermeiden.

38

39 **Schulpflicht durchsetzen**

40 Um die Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss erheblich zu verringern, werden wir die pä-
41 dagogische Qualität der eingeleiteten Schulreformmaßnahmen forcieren.

42

43 Die Schulpflicht ist in allen Bezirken konsequent und koordiniert durchzusetzen. Wir wollen die
44 Schülerinnen und Schüler und ihre Erziehungsberechtigten mit pädagogischen Maßnahmen über-
45 zeugen, etwa verstärkt mit Elternverträgen. Greifen diese nicht, wenden wir auch repressive Maß-
46 nahmen an, wie sich schrittweise erhöhende Bußgelder, polizeiliche Zuführung u.a.

47

48 **Europaschulen**

49 Wir stehen weiterhin für die Förderung und Weiterentwicklung der Staatlichen Europa-Schule Ber-
50 lin in finanzieller und personeller Hinsicht ein.

1 **Wissenschaft und Forschung**

2
3 **Mehr und bessere Studienplätze**
4 Der Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern mit seinen drei Säulen soll fortgesetzt und die
5 Gegenfinanzierung vom Land Berlin sichergestellt werden.
6

7 Angestrebt wird eine Weiterentwicklung des Hochschulpaktes 2020 um ein Sonderprogramm für
8 Masterstudienplätze, um einen Ausbau der Masterstudienplätze langfristig zu sichern. Das Land
9 Berlin wird eine Initiative in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Län-
10 dern einbringen.

11
12 Im Bereich des Lehramtes wollen wir ein nachfragegerechtes Angebot an Masterstudienplätzen für
13 Lehramtsbachelorabsolventinnen und -absolventen gewährleisten.

14
15 Wir wollen keine neuen Zugangsbeschränkungen bei der Zulassung zum Masterstudium.
16

17 Wir wollen die Wechsellmöglichkeiten zwischen fachspezifischen BA-Abschlüssen und den entspre-
18 chenden MA-Studienangeboten ohne interne Hürden verbessern, um die Kombinationsmöglichkei-
19 ten von Bachelor zu Master abzusichern und zu erweitern.

20 Die Koalition strebt an, im Rahmen der Hochschulverträge die Zahl von Studienanfängerinnen und
21 Studienanfängern mindestens auf der Basis der Studienanfängerzahl von 2012 sicherzustellen.
22

23 **Lehrqualität verbessern**

24 Nach der weiteren Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte in der letzten Legisla-
25 turperiode auf Gesetzesebene wollen wir die Attraktivität des Angebots steigern. Hierzu und zur
26 Erhöhung der Anzahl der Studierenden mit nicht traditionellen Bildungsbiografien werden die
27 Hochschulen etwa beim Aufbau von Programmen für diese Studierendengruppen unterstützt, die
28 den Studienerfolg erhöhen sollen. Dazu gehört auch, die Anerkennung von außerhochschulischen
29 oder international erworbenen Kompetenzen in der Praxis der Hochschulen voranzubringen.
30

31 Den bestehenden „Masterplan Ausbildungsoffensive“ wollen wir in Form einer Qualitätsoffensive
32 von 2012 bis 2016 verstetigen und ausbauen. Neben dem erfolgreichen Tutorenprogramm setzen
33 wir auch das Chancengleichheitsprogramm fort. Darüber hinaus werden wir in diesem Rahmen in-
34 sbesondere die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte unterstützen.
35

36 Wir wollen junge Menschen bei der Aufnahme eines Studiums aktiv unterstützen. Deswegen stre-
37 ben wir eine bessere Beratung bei Studienwahl und -finanzierung an. Jugendliche aus Elternhäu-
38 sern, in denen es bisher keine akademische Bildungstradition gibt, wollen wir verstärkt für ein
39 Hochschulstudium gewinnen.
40

41 Die Lehrerbildung insgesamt soll in der kommenden Legislatur reformiert werden, um den gestie-
42 genen Ansprüchen an Lehrerinnen und Lehrern gerecht zu werden. Zur Erarbeitung eines Vor-
43 schlags werden wir eine Kommission unter Einbeziehung von externem Sachverstand einrichten,
44 die gemeinsam mit den Universitäten auch die Einrichtung einer School of Education prüfen soll.
45

46 Das Masterstudium beträgt für alle Lehrämter, auch für die Ausbildung von Sonderpädagogen, vier
47 Semester. Der Vorbereitungsdienst für alle Lehrämter soll 18 Monate betragen. Eine Durchlässigkeit
48 zu anderen Studiengängen ist anzustreben. Zukünftig sollen auch die didaktischen Fähigkeiten im
49 Umgang mit Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache sowie die diagnostische Kompetenz ver-
50 bessert werden.

1 Die Hochschulen stehen vor der Aufgabe, konsistente Systeme der internen Qualitätssicherung mit
2 externem Sachverstand aufzubauen. Diese sollen sich an ihren strategischen Entwicklungszielen
3 orientieren und perspektivisch zu integrierten Qualitätsmanagementsystemen weiterentwickelt
4 werden, die auch die Bereiche Forschung und Verwaltung einschließen. Es ist zu prüfen, ob diese
5 gemeinsam von den Universitäten durchgeführt werden können. Zentrale Aufgabe der Qualitätssi-
6 cherung ist die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der Studiengänge, die sich unter
7 anderem an den vom Akkreditierungsrat formulierten Qualifizierungszielen und am Kriterium der
8 Studierbarkeit orientiert.

9
10 Mit der Fortschreibung des mehrjährigen Rahmenvertrages zwischen dem Land Berlin und dem
11 Studentenwerk Berlin werden wir die Grundlage zur Weiterentwicklung und Planungssicherheit für
12 das Studentenwerk sichern.

13
14 Die didaktische Qualifikation des Lehrpersonals soll in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Hier-
15 für ist durch das Zentrum für Hochschullehre ein Angebot geschaffen worden, mit dem sich Hoch-
16 schullehrerinnen und Hochschullehrer weiterqualifizieren können. Wir wollen das Zentrum daher
17 verstetigen. Die Hochschulen sollen bei ihren Berufungsverfahren, Einstellungsverfahren und bei
18 der Vergabe von Lehraufträgen auf die didaktische Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber
19 höheres Gewicht legen.

20
21 In Abhängigkeit vom Ausgang des Bundesverfassungsgerichtsverfahrens wird die Koalition die Wei-
22 terentwicklung der W-Besoldung auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Wettbewerbsfä-
23 higkeit prüfen.

24
25 Gemeinsam mit den Hochschulen werden wir nach Wegen suchen, die zunehmend kurzen Vertrags-
26 laufzeiten von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vermeiden, um ein ausge-
27 wogenes Verhältnis zwischen der Flexibilität der Hochschule und der Karriereplanung der Wissen-
28 schaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen. Einen wichtigen Baustein für engagierte Mitarbei-
29 terinnen und Mitarbeiter in Forschung, Lehre und Verwaltung bildet auch der studentische Tarifver-
30 trag, der sich seit vielen Jahren bewährt hat.

31 32 **Forschung**

33 Die Grundlagenforschung in Berlin wird in ihren Stärken von den Geistes- und Sozialwissenschaften
34 über die Natur- und Lebenswissenschaften bis zu den Ingenieurwissenschaften weiter gefördert
35 und ausgebaut. Für künftige Kooperationen erforderliche Kofinanzierungsmittel werden im fortge-
36 führten und ausgebauten „Masterplan Forschungsinitiative“ zur Verfügung gestellt.

37
38 Die Hochschulen Berlins tragen durch Forschung einen großen Teil zur wirtschaftlichen Attraktivität
39 Berlins bei. Hierbei ist allerdings sicherzustellen, dass sich Wissenschaft und Wirtschaft auf gleicher
40 Augenhöhe begegnen. Der Transfer von Technologien der Hochschulen in die Wirtschaft soll weiter
41 gestärkt werden. Wir werden die Effektivität der Instrumente und Träger des Technologietransfers
42 evaluieren und deren Strukturen optimieren. Dabei werden wir insbesondere prüfen, welche neuen
43 Kooperationsformen von regionaler Wirtschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen hierfür geeig-
44 net sind. Anwendungsorientierte Vorhaben werden gezielt unterstützt. Das Institut für angewandte
45 Forschung (IFAF) wollen wir in diesem Zuge weiter fördern.

46
47 Die Beteiligung an der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ist für Berlin eine Erfolgsgeschichte.
48 Die Berliner Universitäten haben rund 150 Millionen Euro bei gleichzeitiger Kofinanzierung des Lan-
49 des von rund 50 Millionen Euro für die Berliner Wissenschaft eingeworben. Das Land Berlin sichert
50 auch in Zukunft die Kofinanzierung erfolgreicher Projekte im Rahmen der Exzellenzinitiative durch

1 das Land Berlin zu. Für die nachhaltige Sicherung der erfolgreichen Forschungsarbeit auch nach
2 2017 wird Vorsorge getroffen. Dabei wird angestrebt, gemeinsam mit dem Bund ein Modell für eine
3 zielgerichtete und konzentrierte Förderung von Spitzenforschung zu entwickeln. Berlin kann wegen
4 seiner ausdifferenzierten und hochklassigen Forschungslandschaft dabei ein Modell sein, das auf
5 einzelne Standorte in Deutschland übertragbar wäre.

6 7 **Finanzierung**

8 In Berlin wird es auch künftig keine Studiengebühren geben.

9
10 Die Hochschulverträge werden als bewährtes Finanzierungsmodell konsequent weiterentwickelt
11 und eingesetzt, sodass die Hochschulen auf der einen Seite konsequent angehalten werden, die
12 Qualität von Forschung und Lehre zu verbessern, und ihnen andererseits die Mittel hierfür garanti-
13 tiert sind, wenn sie ihre festgelegten Aufgaben erfüllen. In diesem Zusammenhang wird die Koaliti-
14 on überprüfen, ob die aktuelle Form der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung geeignet ist, eine
15 angemessene finanzielle Ausstattung bei gleichzeitiger Fortentwicklung der Qualität von Forschung
16 und Lehre zu erreichen.

17
18 Es wird im Dialog mit weiteren Akteuren in Bund und Ländern nach Wegen zur Erhöhung der Mittel
19 für den Landeshochschulbau gesucht.

20
21 Die exzellente Wissenschaft in Berlin soll optimale Bedingungen vorfinden. Daher wird das Land
22 seinen Verpflichtungen aus dem Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation weiterhin nach-
23 kommen und allen betroffenen Einrichtungen inklusive des Wissenschaftskollegs die vereinbarte 5-
24 Prozent-Steigerung zukommen lassen.

25
26 Die Aufnahme in die Bund-Länder-Gemeinschaftsfinanzierung ist für Institute der außeruniversitä-
27 ren Forschung eine große Auszeichnung. Wir werden daher weiterhin die Überführung besonders
28 herausragender Einrichtungen in die Bund-Länder-Finanzierung unterstützen und sicherstellen. Der
29 Ausbau des Berliner Anteils an drei Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung im Rahmen der
30 Bund-Länder-Finanzierung wird gesichert.

31 32 **Charité – Universitätsmedizin Berlin**

33 Die stärkere Einbindung des Bundes in die Charité wird ausdrücklich begrüßt und aktiv begleitet.
34 Einem Modell (zum Beispiel auch eine Stiftung) mit der möglichen Integration des Max-Delbrück-
35 Centrums (MDC) steht die Koalition positiv gegenüber. Zudem wird die Möglichkeit beider Unter-
36 nehmen, partielle Kooperationen mit freigemeinnützigen und privaten Trägern einzugehen, unter-
37 stützt.

38
39 Die Koalition beabsichtigt auf der Basis sondierender Gespräche des Senats mit der Bundesregie-
40 rung in Verhandlungen mit dem Bund einzutreten, um in einem Pilotprojekt bis zum Jahr 2018 die
41 Forschungsbereiche der Charité – Universitätsmedizin Berlin und des Max-Delbrück-Centrums für
42 molekulare Medizin Berlin-Buch (MDC) in der Helmholtz-Gemeinschaft e.V. zusammenzuführen.

43
44 Beispielhaft soll erprobt werden, unter welchen Bedingungen lebenswissenschaftliche Grundlagen-
45 forschung und klinische Forschungspraxis in einer Wissenschaftseinrichtung zusammengeführt
46 werden können, um weltweit in der Spitze des Forschungsfeldes höchste Sichtbarkeit zu gewinnen
47 und große Wirkung zu entfalten. Zudem sollen die erfolgreichen Strukturen der Exzellenzinitiative in
48 Berlin nachhaltig gesichert werden.

49
50

1 **Hochschulpolitik zeitgemäß ausgestalten**

2 Die Änderungen aus der BerlHG-Novelle der letzten Legislaturperiode sollen zur Mitte dieser Legis-
3 laturperiode evaluiert werden. In der Folge wird eine Arbeitsgruppe über ggf. notwendigen Ände-
4 rungsbedarf beraten, der in eine entsprechende BerlHG-Novelle einfließt. Im Zuge der Evaluation
5 wird auch die Erprobungsklausel betrachtet mit dem Ziel, bewährte Lösungen zu verstetigen.
6

7 Berlin hat große Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen im Wissenschaftsbereich gemacht.
8 Diesen Weg wollen wir weitergehen. Dazu werden in der kommenden Legislaturperiode die För-
9 derprogramme für Frauen in der Wissenschaft fortgeführt und ausgebaut. Auch der Anteil der Mit-
10 tel über die Hochschulverträge zur Gleichstellung soll ausgebaut werden.
11

12 Berlin und Brandenburg bilden einen Wissenschaftsraum. Wir wollen die Kooperation beider Bun-
13 desländer im Wissenschaftsbereich verstärken. Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistun-
14 gen unter den Hochschulen in Brandenburg und Berlin soll durch geeignete Maßnahmen Realität
15 werden. Langfristig wollen wir an einem gemeinsamen, abgestimmten Studienangebot zwischen
16 den Hochschulen arbeiten.
17

18 Die Koalition bekennt sich zur Förderung von Spitzenforschung in Berlin. Die Einstein Stiftung Berlin
19 (ESB) kann eine sinnvolle Ergänzung des Wissenschaftsbetriebs in Berlin sein mit der Aufgabe, die
20 vorhandenen Kompetenzen und Wissenschaftsfelder enger miteinander zu verzahnen und die Spit-
21 zenforschung zu unterstützen. Wir werden prüfen, wie die ESB diesem Anspruch noch besser ge-
22 recht werden kann, und dazu ggf. auch erforderliche organisatorische Änderungen initiieren. Unser
23 Ziel ist es, die für exzellente Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mittel zu verstetigen.
24

25 Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulen sicherstellen, dass auch für die Absolventinnen und
26 Absolventen der Fachhochschulen die bestehenden Möglichkeiten für eine Promotion in Berlin ge-
27 stärkt werden. Die Möglichkeiten kooperativer Promotionskollegien müssen stärker genutzt wer-
28 den.
29

30 Zur Vertretung der Berliner Interessen im Rahmen der europäischen Forschungs- und Hochschul-
31 förderung streben wir eine Stärkung der Sichtbarkeit der Berliner Wissenschaft in Brüssel an.
32

Kapitel 5

Soziales Berlin: Zusammenhalt, Integration und Vielfalt

Vorsorgende Sozialpolitik heißt soziale Sicherheit, umfassende Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Berlinerinnen und Berliner. Vorsorgende Sozialpolitik gilt ungeachtet der sozialen und ethnischen Herkunft, der religiösen Bindung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Lebensalters oder einer Behinderung. Je früher, individueller und wirksamer die Menschen unterstützt werden, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, nachhaltig Hilfe zu leisten.

Armut zu bekämpfen und Armutsrisiken zu mindern, ist für die Lebenssituation vieler Berlinerinnen und Berliner von existenzieller Bedeutung. Deshalb werden die Koalitionspartner gezielt Maßnahmen ergreifen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen mit geringen Einkünften zu ermöglichen. Dazu gehört auch die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut.

Die Koalition ist sich daher einig, dass den Berlinerinnen und Berlinern eine qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen muss, damit die Hilfen wirklich bei den Menschen ankommen. Vor allem wollen wir die sozial Schwachen stützen. Dazu sind die sozialen Hilfe- und Dienstleistungsstrukturen zu verbessern, die Leistungsbeziehungen aktiv zu steuern, zu beschleunigen und zu kontrollieren sowie die Sozialplanung zu verbessern.

- Wir werden den BerlinPass fortsetzen.
- Wir werden die Effizienz der Transferausgaben erhöhen.
- Wir werden die Pflegelandschaft Berlins verbessern.
- Wir werden Diversity fördern.
- Wir werden die kulturelle Vielfalt stärken.

Armut bekämpfen

Die Koalition wird das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien so unbürokratisch wie möglich umsetzen. Mit einer Evaluation wollen wir die Effektivität des Verfahrens in Berlin überprüfen und dieses verbessern. Die Koalition begrüßt die bundeseinheitliche Vereinfachung des Verfahrens und wird sich dafür verwenden.

Seniorinnen und Senioren, die von Altersarmut bedroht sind, wollen wir soziale Teilhabe ermöglichen und bezahlbaren altersgerechten Wohnraum bereitstellen.

Die Koalition wird Frauen schon beim Einstieg ins Erwerbsleben, bei ihrer Berufstätigkeit sowie beim Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase unterstützen.

Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen werden wir finanziell stärken, insbesondere für die präventiven Maßnahmen, und um die Wartezeiten für Betroffene zu verkürzen. Die Leistungen der Schuldnerberatung müssen künftig stärker über die Qualität und nicht nur über die reine Quantität der Beratungsleistungen verglichen werden.

„berlinpass“

Die Koalition hält am „berlinpass“ fest. Bei Berliner Unternehmen soll weiterhin für die Ausweitung der Angebote für die Zielgruppe geworben werden. Die Koalition wird prüfen, ob der „berlinpass“ durch eine elektronische Chipkarte ergänzt werden kann, über die die Bildungs- und Teilhabeleistungen abgerechnet werden können. Berlin wird die diesbezüglichen Aktivitäten anderer Städte evaluieren und dann über eine Nutzung dieser Technik entscheiden.

1 **Stadtteilarbeit und soziale Stadt**

2 Stadtteilzentren, Nachbarschaftszentren und Quartiersmanagement sind bewährte Träger der so-
3 zialen Arbeit in den Kiezen. Dieses bestehende sozialräumliche Versorgungsangebot werden wir
4 konsequent – unter Überprüfung seiner Wirksamkeit – weiterentwickeln. Jede Region soll perspektivisch über ein Stadtteilzentrum verfügen. Vorhandene Einrichtungen können zu Stadtteilzentren
5 weiterentwickelt werden. Eine wirksamere Abstimmung der landesweiten Programme, die ver-
6 gleichbare Zielstellungen haben, ist notwendig.

7
8
9 Eine wesentliche Säule für das Gemeinwohl ist die ehrenamtliche Arbeit. Wir wollen die Anerken-
10 nungskultur ausbauen und Maßnahmen ergreifen, um soziales Engagement zu erleichtern und bes-
11 ser zu koordinieren. Dazu werden wir auch die Initiative des Bundes zum freiwilligen sozialen Enga-
12 gement nutzen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die neuen Möglichkeiten für die Freiwil-
13 ligenarbeit bekannter machen und dafür werben.

14

15 **Sicherung von Frauen-Projekten**

16 Die Koalition sichert das gute Netz an Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Qualifizierung
17 von Frauen und Mädchen, das ergänzt wird durch das flexible Programm der Infrastrukturstellen,
18 ab. Die vielfältigen Angebote, die eine breit gefächerte Beratung zu den Themen Aus- und Weiter-
19 bildung, Berufstätigkeit, Gründung, IT, Gesundheit, Altersvorsorge, Soziales, Justiz, Kultur und Sport
20 beinhalten, werden von den Koalitionspartnern als notwendig anerkannt und in gleicher Qualität
21 fortgesetzt und bei Bedarf ausgebaut.

22

23 Wir wollen für von Gewalt betroffenen Frauen eine Unterhaltssicherung und eine schnelle Unterb-
24 ringung in einem sicheren Haus gewährleisten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir si-
25 cherstellen. Das gute Angebot zur Unterstützung, Beratung und Unterbringung von Frauen mit Ge-
26 walterfahrung in Berlin wird weiter gefördert und gezielt auf noch bestehende Interventionslücken
27 überprüft.

28

29 **Effizienz der Strukturen und Steuerung der Transferausgaben**

30 Der ehemalige LIGA-Vertrag, dessen Steuerungsaufgaben nunmehr an die Verwaltung zurückge-
31 gangen sind, wird bis 2013 hinsichtlich Effizienz, Effektivität und Nachvollziehbarkeit durch eine
32 Facharbeitsgruppe überprüft.

33

34 Um die sozialen Entwicklungen in den Sozialräumen konkret beurteilen und daraus entsprechende
35 Handlungserfordernisse ableiten zu können, streben wir an, die Sozialberichterstattung weiter-
36 zuentwickeln. Wir wollen die Sozialberichterstattung und das Sozialmonitoring bei der Sozialverwal-
37 tung zusammenführen.

38

39 **Kosten der Unterkunft**

40 Den Kosten der Unterkunft muss bei den Berliner Jobcentern die gleiche Aufmerksamkeit entge-
41 gengebracht werden wie den Leistungen des Bundes. Daher muss ein Steuerungsprozess auf den
42 Weg gebracht werden, der sich in Zielen und deren Controlling, aber auch in Weisungen des kom-
43 munalen Trägers niederschlägt. Wir werden dazu eine entsprechende Rechtsverordnung für die
44 Kosten der Unterkunft erlassen.

45

46 Durch eine qualifizierte Prüfung der bei den Jobcentern eingereichten Betriebs- und Nebenkosten-
47 abrechnungen sowie der Mieterhöhungen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, Kosten zu begren-
48 zen.

49

1 Gegenüber den Jobcentern wollen wir auf einen angemessenen Umgang mit Sanktionen dringen,
2 auch weil sonst teure Maßnahmen der Wohnraumerhaltung und Wohnungslosenhilfe bei den
3 bezirklichen Sozialämtern ausgelöst werden.

4
5 **Wohnungslosenhilfe**
6 Die Koalition wird das vorhandene Hilfesystem auf seine Wirksamkeit und Erfolgsorientierung
7 überprüfen. Ziel ist nicht der dauerhafte Verbleib im Hilfesystem, sondern die gesellschaftliche
8 Wiedereingliederung Wohnungsloser.

9
10 Die Koalition wird die Leitlinien für die Wohnungslosenspolitik fortschreiben, die Kältehilfe und das
11 geschützte Marktsegment sichern. Darüber hinaus streben wir an, die Vernetzung der
12 Wohnungslosenhilfe mit anderen Leistungsbereichen, wie z. B. der Suchthilfe und der Psychiatrie,
13 voranzubringen.

14
15 **Soziale Inklusion voranbringen**
16 Ein zentraler Leitgedanke der Sozialpolitik der Koalition in der kommenden Legislaturperiode ist das
17 Prinzip der Inklusion, wie es die UN-Konvention über die "Rechte von Menschen mit
18 Behinderungen" beschreibt. Die die Koalition tragenden Fraktionen sehen dieses Prinzip als
19 Präzisierung des Gleichheitsgrundsatzes nach Artikel 3 des Grundgesetzes.

20
21 Wir werden den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin
22 weiterentwickeln und schrittweise realisieren.

23
24 Berlin verfügt über ein differenziertes, bundesweit vorbildliches Unterstützungssystem für
25 Menschen mit Behinderung mit einem sehr hohen Anteil ambulanter Angebote und Dienste. Diese
26 Strukturen sind unter dem Aspekt der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Die
27 Koalition setzt sich dafür ein, dass die Gebärdensprache für gehörlose Menschen in den Angeboten
28 des RBB endlich zur Anwendung kommt.

29
30 **Pflege stärken**
31 Wir werden Konzept, Anzahl und Ausgestaltung der Pflegestützpunkte weiter entwickeln. Zugleich
32 sollen die vielfältigen Angebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen evaluiert werden.

33
34 Wir wollen die Pflegequalität in den Pflegeheimen und Wohngemeinschaften verbessern. Das
35 Wohnteilhabegesetz wird deshalb unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Heimaufsicht evaluiert,
36 Regelungslücken werden geschlossen, das Berichtswesen verbessert und die Nutzerbeteiligung ge-
37 stärkt.

38
39 Gute Pflege braucht motivierte und gut ausgebildete Beschäftigte. Die Koalition setzt sich deshalb
40 dafür ein, dass Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eingehalten wer-
41 den. Die Landesinitiative „Gute Arbeit in der Pflege“ wird daher fortgesetzt.

42
43 Auch müssen die Berufsbilder in der Pflege attraktiver werden und es muss mehr dafür getan wer-
44 den, auf diesen Beruf aufmerksam zu machen sowie ihn aufzuwerten. Die Koalition wird sich dafür
45 einsetzen, dass eine gemeinsame Kampagne für Pflegeberufe mit den Leistungserbringern und den
46 Kostenträgern gestartet wird.

47
48 Die Ausbildungskapazitäten bei Krankenhäusern, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen
49 sind auszubauen und der Pflegebereich soll mehr Plätze für Schulpraktika anbieten.

50

1 Auch muss das Potential an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser genutzt werden.
2 Dazu gehört auch die Durchlässigkeit der Fachkräfteausbildung bis hin zum Studium. Wir werden
3 prüfen, ob dafür eine generalisierte Ausbildung von Alten- und Krankenpflegenden zukünftig erforder-
4 lich ist. Wichtig ist, dass die Berufe im breiten Feld der Pflege mehr Anerkennung erhalten und
5 die Arbeit angemessen entlohnt wird.

6
7 Berlin will die Umschulung in der Pflegeausbildung und den Ausbau der Nachqualifizierung in der
8 Altenpflege für formal gering Qualifizierte, die bereits in der Branche arbeiten, weiter vorantreiben.
9 Die Koalition behält die Regelung, wonach die Verantwortung für Finanzierung des nicht-
10 schulischen Teils des 3. Umschulungsjahres in der Pflege bei den Einrichtungen liegt, bei.

11
12 Die Koalitionspartner streben an, mit den Akteuren im Pflegebereich eine Aktion „demenzfreundli-
13 che Kommune“ durchzuführen und die Transparenzoffensive hinsichtlich der Pflegeangebote fort-
14 zusetzen.

15
16 Berlin braucht vermehrt Pflegeangebote mit Schwerpunkten für die Bedarfslagen pflegebedürftiger
17 Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen und verschiedener sexueller
18 Identität. Die Koalitionsfraktionen unterstützen das „Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung
19 der Altenhilfe“.

20
21 Die Koalition wird das Landeshospiz- und Palliativkonzept mit den Schwerpunkten der
22 ganzheitlichen und interkulturellen Hospizarbeit weiterentwickeln.

23 24 **Integration und kulturelle Vielfalt in Berlin**

25 Berlin ist bunt. Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen prägt
26 Berlin und macht die Attraktivität Berlins als einer toleranten Weltstadt aus. Seit Jahrhunderten
27 kommen Menschen aus dem In- und Ausland nach Berlin, weil sie hier neue Lebensperspektiven für
28 sich suchen und finden. Ein Viertel der Berliner Bevölkerung hat eine Migrationsbiografie. Diese
29 Menschen prägen und bereichern unsere Stadt. Leitbild unserer Politik ist die Weiterentwicklung
30 Berlins zur europäischen Integrationsmetropole. Integrationspolitik ist für uns eine wichtige Quer-
31 schnittsaufgabe, die alle Politikbereiche umfasst.

32
33 Der Weg im Umgang mit Zuwanderung hin zu einer Kultur der Anerkennung wird fortgesetzt. Die
34 Lebensleistung zugewanderter Menschen muss anerkannt werden. Wir treten ein für die Achtung
35 des kulturellen Selbstbestimmungsrechtes. Individuelle Lebensstile finden ihre Grundlage in der
36 freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

37
38 Unser Ziel ist eine soziale und wirtschaftliche Integration und Partizipation aller Bevölkerungsgrup-
39 pen in Berlin. Wir bekennen uns zum Pluralismus und in unserer pluralistischen Gesellschaft ist das
40 Grundgesetz die Basis des Zusammenlebens. Die Muslime gehören deshalb zu Berlin wie Christen,
41 Juden und Angehörige anderer Religionen oder Weltanschauungen.

42
43 Die Koalition wird die vielfachen Beispiele gelungener Integration in unserer Stadt mehr hervorhe-
44 ben sowie die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Potentiale würdigen, die Berlin durch
45 seine Zuwanderer hinzugewinnt. Wir werden eine Willkommenskultur etablieren, die den Zuwan-
46 derern zeigt, dass sie in Berlin erwünscht und gewollt sind.

47
48 Wir verschließen die Augen aber auch nicht vor Problemen. Immer noch haben zu viele Menschen
49 auch mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss oder keine abgeschlossene
50 Berufsausbildung. Auch Sprachdefizite sind in manchen sozialen Gruppen ebenso wie ein höheres

1 Armutsrisiko nach wie vor gegeben. Diese Probleme werden wir nachhaltig angehen und mit einer
2 modernen Integrationspolitik beantworten.

3
4 Wir erwarten von allen hier lebenden Menschen die Akzeptanz unserer gemeinsamen Werte als
5 Basis für unser Zusammenleben und der Integration. Verleumdungen oder Diskriminierungen unter
6 dem Deckmantel der Religion treten wir entschieden entgegen. Ehrenmorde, Zwangsheirat oder
7 Homophobie werden wir mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpfen.

8
9 Die Koalition setzt sich dafür ein, im Bereich der Integration rechtzeitig Zugang zu den Familien zu
10 finden, um früh Hilfen anbieten zu können, die Nachteile ausgleichen, Chancen vergrößern und
11 gesellschaftliche Partizipation erleichtern. Das beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache in
12 der Kita, geht weiter mit dem regelmäßigen Schulbesuch und dem Erwerb eines Berufsabschlusses
13 bis hin zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Bildung ist dabei der Schlüssel zum Erfolg, der nicht
14 nur von den staatlichen Förderungen abhängt. Die aktive Mitwirkung der Menschen mit und ohne
15 Migrationshintergrund wollen wir fördern. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

16 17 **Vielfalt der Integrationsprojekte erhalten**

18 Die Arbeit des Integrationsbeauftragten zur Integration wird fortgesetzt und die finanziellen Mittel
19 dafür werden nicht gekürzt. Die Zuwendungsmittel für die Projektarbeit werden auf der Basis des
20 ersten vorhandenen Evaluationsberichtes neu geordnet. So sollen ab 01. Januar 2013 nur solche
21 Projekte eine Zuwendung erhalten, die bis dahin eine positive Evaluation durchlaufen haben und
22 deren Arbeit als fachlich, sachlich und der Integration dienlich bewertet worden ist.

23 24 **Interkulturelle Öffnung der Bildungslandschaft**

25 Kindern bzw. Menschen mit Migrationshintergrund muss der Zugang zu Berliner Schulen und zur
26 Berliner Bildungslandschaft erleichtert werden. Dazu wollen wir die interkulturelle Kompetenz der
27 Lehrerinnen und Lehrer stärken. Dafür sind zum einen Fort- und Weiterbildungen wesentliche In-
28 strumente.

29
30 Zum anderen wollen wir dafür sorgen, dass bei gleicher Eignung mehr Lehrerinnen und Lehrer mit
31 Migrationshintergrund in den Berliner Schulen arbeiten. Bereits in den Oberschulen wollen wir bei
32 den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf werben.

33
34 Die Koalition setzt sich dafür ein, die UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen, das Recht auf Bil-
35 dung auch Kindern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewährleisten und ihnen einen Zugang zu
36 staatlichen Schulen zu ermöglichen. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wollen wir diesem
37 Personenkreis auch Zugang zu einer beruflichen Ausbildung eröffnen.

38
39 Wir wollen Angebote der Sprachförderung für Eltern ausweiten. Die Elternkurse wollen wir stärken.

40 41 **Übergang in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**

42 Arbeitslosigkeit gefährdet wie kein anderer Missstand die Eingliederung in die Gesellschaft. Die Koa-
43 lition will die Anstrengungen verstärken, allen jugendlichen Migrantinnen und Migranten gleichbe-
44 rechtigte Chancen am Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt zu verschaffen. Ihnen fehlen oft geeignete
45 Netzwerke. Die bundesweiten und die berlinspezifischen Programme sind zu erhalten. Vorhandene
46 Netzwerke ehrenamtlicher Berufslotsen und Mentorinnen und Mentoren sollen ergänzend berlin-
47 weit ausgebaut werden. Die Bezirke sollen Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund unter Betei-
48 ligung von Schulen, Unternehmen, Verbänden, Migrantenselbsthilfeorganisationen und Kammern
49 Zugang zu ehrenamtlichen Berufslotsen verschaffen, damit ihnen die Aufnahme von Ausbildung und
50 Arbeit erleichtert wird.

1 Es ist darauf hinzuwirken, dass Existenzgründungen und Unternehmenserweiterungen in der stetig
2 und stark bedeutsamer werdenden Unternehmerschaft mit Migrationshintergrund in Berlin erfol-
3 gen. Die Gründungsdynamik unter Zuwanderern nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Dabei finden
4 sich Gründungen und Firmenerweiterungen sowohl in traditionellen Unternehmensbereichen als
5 auch zunehmend im Hightech und im Dienstleistungsbereich. Diese Unternehmensgründungen von
6 Zuwanderern führen zu mehr Arbeitsplätzen.

7
8 Dieses Potenzial und die daraus resultierenden Möglichkeiten, insbesondere auch für den Arbeits-
9 markt, gilt es dauerhaft zu sichern und weiter auszubauen. Neben den bereits vorhandenen Ange-
10 boten gilt das insbesondere für die praktische, auch kulturelle Unterschiede berücksichtigende Be-
11 ratung und für die auf diesen Wirtschaftszweig bezogene konkrete Vernetzung zwischen den bezirk-
12 lichen Wirtschaftsförderungen und der Wirtschaftsförderung der Senatsverwaltung für Wirtschaft
13 und Technologie, hier insbesondere Berlin Partner, aber auch für Wirtschaftsverbände und Kam-
14 mern. Dabei sind gründungswillige Zuwanderer nicht nur in der Anfangsphase, sondern ggf. auch
15 darüber hinaus zu unterstützen.

16